



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

††: Preußens auswärtige Politik.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

dankt sich und trinkt das Wohl des ihm im Range zunächst Folgenden, und so geht der Becher bis zum letzten Besuchsknecht und Pirschjungen fort. Bei jeder Gesundheit blasen die Hift-, Jagd- und Flügelhörner einen Tusch, und zum Finale läßt die Gesellschaft dem Echo des Waldes ein fröhliches Waidgeschrei zuschallen.

Bisweilen schloß die Jagd noch mit einer andern Ceremonie des Jägerrituals; wir meinen den vermuthlich sehr alten Gebrauch des Waidmesserschlagens. Hatte sich im Verlauf des Schauspiels ein Unerfahrer einen Verstoß gegen die Etiquette oder das Wörterbuch der Jägerei zu Schulden kommen lassen, etwa einem Hirsch Augen statt der Lichter eingesezt, ihn fressen statt äsen lassen, ihn so und so viel Schritte statt Gänge von sich gesehen und dergleichen mehr, so war er dafür zu bestrafen. Man führte ihn vor, flagte ihn mit ähnlichen Wendungen, wie sie das hochwohllobliche Biergericht des Studentencommis gebraucht, an und legte ihn, nachdem er verurtheilt worden, auf den größten von den gefällten Hirschen, der zu diesem Zweck vor die Herrschaft gebracht wurde. Darauf hob die versammelte Jägerei in langer Reihe stehend zu blasen an, ihr Führer zog sein Waidmesser und gab dem Verbrecher damit drei Schläge, wobei er im Tone des Waldschreis zum ersten ausholend sagte: Das ist für die gnädigste Herrschaft. Beim zweiten rief er: Und das ist für Ritter, Reuter und Knecht. Beim dritten hieß es: Und das ist das edle Jägerrecht. Dann folgte ein lautes: Hoch da! Hoch da! und darauf ein allgemeines Juchhe, wornach die Versammlung aufbrach und sich mit ihrer Beute nach Hause begab.

## Preußens auswärtige Politik.

Von der preussischen Grenze.

Die Ordre an den Grafen Perponcher, sich nach Gaeta zu begeben, wurde so bald nach der Annahme des Amendement Vincke bekannt, daß man sich leicht versucht fühlen konnte, zwischen beiden ein Causalverhältniß anzunehmen. Wenn König Franz nicht durch seine Capitulation dem edlen Grafen die weitere Reise erspart hätte, so würde Europa glauben, daß die preussische Grenzboten I. 1861.

Regierung ihrem Landtag eine Lectio habe geben und ihn daran erinnern wollen, daß die auswärtige Politik eine Prærogative der Krone ist.

Dieser Ausdruck gehört auch zu den Stichwörtern, mit denen man sehr viel gesagt zu haben glaubt, ohne daß etwas Wesentliches dahinter wäre. Daß das Recht Krieg zu erklären, Frieden zu schließen, die diplomatischen Verhandlungen zu leiten, einzig und allein dem Souverain des Staats, also in einer Monarchie dem König zusteht, das versteht sich schon darum von selbst, weil er allein dieses Recht ausüben kann. Daß er aber bei der Ausübung dieses Rechts äußerst sorgfältig die Sympathien seines Volkes beachten muß, wenn er nicht für sich und seinen Staat großen Nachtheil herbeiführen will, das ist eine Wahrheit, die man nicht erst im Handbuch des constitutionellen Staatsrechts suchen darf: alle despotischen Fürsten, wenn sie nur zugleich national waren, haben sie stillschweigend gelten lassen, weil die Gesinnung des Volks ein entscheidender Factor für den Erfolg ist.

Ob dieses Recht der Mitwirkung des Volks in Ausübung kommt, das hängt von sehr verschiedenen Umständen ab. Wenn die Nothwendigkeit zur Entscheidung treibt, wird die Gesinnung sich von selbst finden; wenn dagegen das Volk in seiner Regierung eine gewisse Unsicherheit wahrnimmt, so wird es sich nicht bloß berechtigt, sondern verpflichtet fühlen, sich seinerseits eine Ueberzeugung zu bilden und derselben den gesetzlichen Ausdruck zu verschaffen. Die gesetzlichen Vertreter des Landes sind bei uns die Kammern, und der einzige gesetzliche Ausdruck, welchen diese in Bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten ihrer Ueberzeugung geben können, ist eine unmittelbare Ansprache an den König. Der König soll damit nicht in eine bestimmte Politik gedrängt werden, sondern man meldet ihm amtlich die Gesinnung des Landes, in der festen Ueberzeugung, daß er dieselbe als ein höchwichtiges Moment bei seinen Entschlüssen in Rechnung bringen wird.

Daß der preußischen Regierung gegenüber diese Bemühung nicht überflüssig ist, davon müssen jeden, der früher noch daran zweifelte, die vom Kaiser Napoleon seinen Kammern vorgelegten Documente überführen. Es zeigt sich bei der Leitung unserer auswärtigen Geschäfte 1) ein gewisses Schwanken der Sympathie und Antipathie, das eine entscheidende Parteinahme erschwert; 2) im Gegensatz dazu das dunkle Gefühl von der Nothwendigkeit irgend einer großen Action; 3) der Einfluß einer sehr thätigen und entschlossenen Partei, dies dunkle Gefühl im legitimistischen Interesse auszubeuten; endlich 4) stärker als alles dieses die Empfindung einem einzigen Mann gegenüber, auf den Alles, was in Europa geschieht, bezogen wird. — Wir wollen das im Einzelnen verfolgen.

Das Verhältniß der preußischen Regierung zu keiner einzigen europäischen Macht ist klar festgestellt. Selbst die entschiedene Abneigung gegen Sardinien ist

durch ein gelindes Wohlwollen zerlegt. Die sehr entschiedene Sympathie für Oestreichs Volk und Herrschergeschlecht wird durch das nur zu gerechtfertigte Mißtrauen eingeschränkt, daß Oestreich, einmal aus seiner Verlegenheit, Preußen wieder in der alt gewohnten Weise schaden möchte. Die aufrichtige Theilnahme für die nationale Bewegung Deutschlands wird durch die Besorgniß geschwächt, daß irgendwo eine gefährliche Umsturzpartei verborgen sei. Zu England einerseits, zu Rußland andererseits bekennt man eine herzliche Freundschaft, und würde diese Freundschaft gern in ein Bündniß verwandeln; nur ist man darüber betroffen, daß die einen wie die andern sich kühl dazu verhalten, daß weder die Engländer noch die Russen sich an einem conservativen Kreuzzug betheiligen wollen. Wir sagen conservativ, nicht legitimistisch: denn die preußische Regierung ist aufrichtig bemüht, die Sache der Ordnung und die Sache des Fortschritts zu versöhnen. Nur wird es ihr schwer, den Punkt festzustellen, in welchem sie das eine aufgibt, um das andere zu erhalten; und dieser Punkt ist doch bei dem sonst ganz ehrenwerthen Bestreben die Hauptsache. Denn die beiden Forderungen, daß alles beim Alten bleiben und daß alles verbessert werden soll, schließen, absolut gestellt, einander aus.

Das Resultat dieser vielseitigen Erwägungen (wir sprechen heute ausschließlich von der auswärtigen Politik) würde nun wol zunächst sein, daß nichts geschieht. Dies war die Politik des Ministeriums Mannkeuffel. Aber das gegenwärtige Ministerium hat im Gegentheil das tiefe und ernste Bedürfniß etwas zu thun; es will Preußen in der öffentlichen Meinung und in seinem eigenen Selbstgefühl heben. Es wünscht die Action in einer vollkommen gerechten Sache zu finden, in einer Sache, der es sich unbedingt hingeben kann. Es wünscht die italienische Frage zu vertagen, weil es weder an der Wiederherstellung der alten faulen Zustände noch an deren Beseitigung arbeiten möchte; es wünscht die deutsche Frage zu vertagen, weil es weder gegen die verbündeten Souveräne Gewalt ausüben, noch ihnen dem Interesse Preußens widersprechenden Bestrebungen Vorschub leisten möchte. Es ist davon überzeugt, daß die Besserung der deutschen Zustände nur aus einer Erhöhung des Nationalgefühls, nur durch eine gemeinschaftliche Action gegen das Ausland sich ergeben wird, in der Preußen seine Pflicht erfüllt und, wie sich von selbst versteht, die erste Rolle spielt. Gegen wen nun aber? Gegen Italien möchte es nicht, gegen Rußland hat es keine Veranlassung, also bleibt nur Frankreich übrig. Aber Frankreich hat sich bis jetzt nicht offensiv verhalten, also muß man auch hier abwarten. Schließlich hat man die schleswig-holsteinische Frage aufgenommen. — Schließlich: — schwerlich schon in der Zeit, wo man von den paar Schiffen, die wir haben, einige nach Japan schickte.

An sich ist der Gedanke, die deutsche Einheit nicht durch innern Streit, sondern durch gemeinsame Erhebung gegen das Ausland zu erwerben, ein sehr glücklicher. Und unter allen Angelegenheiten, in der sich diese Einheit entfalten könnte, ist keine eines subjectiven Erfolgs so gewiß als die schleswig-holsteinische: wie sehr auch sonst die Meinungen und Sympathien aus einandergehn, in dieser Sache schlägt jedes deutsche Herz mit gleicher Stärke. Könnten wir darauf rechnen, vier oder sechs Wochen nach der Kriegserklärung oder allenfalls auch ein Vierteljahr danach, Kopenhagen zu bombardiren, die Dänen zum Frieden zu zwingen und ihnen die beiden Herzogthümer zu nehmen, so wären wir damit ohne weitere Umstände eine Nation, und das andere würde sich von selbst finden.

Wie das aber geschehen soll — wenn nicht etwa unsere Truppen mit dem Gewehr im Munde nach Seeland schwimmen — ist uns völlig unklar. Denn wohlgemerkt, es handelt sich hier um einen schnellen Erfolg; um einen Erfolg, der den Großmächten eine vollendete Thatsache entgegenstellt. Der Plan, die Dänen auszuhungern durch Besetzung der ganzen cimbrischen Halbinsel, läßt sich nicht durchführen. Wir reden nicht von dem Schaden, den die Dänen uns zufügen können, wir können es jedenfalls länger aushalten; aber leider haben wir in dieser Sache alle Großmächte gegen uns, eine Intervention von Frankreich, vielleicht auch von Rußland wäre unvermeidlich, und die nächste sichere Folge wäre die, daß wir unsere Truppen aus der Halbinsel wieder zurückziehen müßten.

War es ernstlich Preußens Absicht die schleswig-holsteinische Sache jetzt zum Austrag zu bringen, so mußte es sich vorher 1) eine Flotte verschaffen, die der dänischen gewachsen war. Da aber kein Staat über sein Vermögen hinaus kann, so mußte diese Ausgabe durch eine anderweitige Ersparniß gutgemacht werden. Wie man in Militärsachen sparen kann, darüber hat ein kundiger Militär in diesen Blättern sein Gutachten gegeben. Statt dessen ist man daran, das Militärbudget in ungeheurem Maaßstabe zu erhöhen. 2) hätte man ein Bündniß mit England schließen müssen, um eine maritime Intervention Frankreichs zu verhindern. Die Engländer sind Kaufleute, sie verschenken nichts; was man von ihnen haben will, muß man ihnen abkaufen. Es ist für die Engländer bequemer, daß Kiel in dänischen Händen als in deutschen ist. Sollen sie es zulassen oder gar befördern, daß es in deutsche Hände übergeht, so müssen sie wissen, wofür? Ehe wir nicht einen Kaufpreis gefunden haben, den wir ihnen bieten können, ist auf ihre Hilfe nicht zu rechnen, und die Voraussetzung, daß ihre Hilfe uns nicht fehlen wird, sobald wir einmal engagirt sind, ist mehr als kühn.

Wenn also im gegenwärtigen Augenblick die ganze legitimistische Partei eine bei ihr bisher unerhörte Theilnahme für die Sache der Herzogthümer

zeigt, so ist der einfache Grund der, daß sie Preußen mit Frankreich engagiren und dadurch die Restauration der vertriebenen italienischen Fürsten bewirken will. Wie rücksichtslos diese Partei mit den preußischen Interessen spielt, hat sich gerade in den letzten Tagen sehr deutlich gezeigt; man kann nicht einmal sagen, daß sie ihre eigenen Interessen verständig wahrnimmt; wie der spanische Stier auf den rothen Lappen springt, den man ihm vorhält, und den wirklichen Feind entkommen läßt, so bäumt sich diese Partei beim Stichwort der Revolution. Und sie ist in Preußen noch immer — zwar nicht mehr maachgebend — aber sehr stark, und ehe man sich mit ihr ins Reine gesetzt, ehe man die innern Verhältnisse consolidirt hat, wird auch von einer erfolgreichen Action nach außen nicht die Rede sein können.

Ihr Einfluß würde bereits weit geringer sein, wenn sie nicht in einem eigenthümlichen Gefühl der jetzigen Machthaber ihren Verbündeten fände. Wir sind weit entfernt, die eigentlich ministerielle Partei mit der Reaction verwechseln zu wollen; in den meisten wichtigen Fragen steht sie uns viel näher als dieser. Aber in einem für den Augenblick sehr wichtigen Punkt kommen sich beide nahe: in dem Gefühl für den Kaiser Napoleon.

Dies Gefühl ist ganz seltsamer Art. Es ist nicht reiner Haß, nicht reines Mißtrauen, nicht Furcht; es ist aus allen diesen zusammengesetzt, aber dazu kommt noch eine große Theilnahme und selbst eine gewisse Bewunderung; es ist ein ritterliches Gefühl, man möchte sich gern mit ihm einmal messen. Ihn gewähren zu lassen, wird zulezt unheimlich, denn er ist nicht zu berechnen; er fesselt den Blick, den man gar nicht von ihm abwenden kann, so daß man außer ihm nichts sieht. Da man den gefürchteten Krieg unaufhörlich kommen sieht, so möchte man, wie im Schwindel, hineinspringen. — Wir finden das Gefühl sehr erklärlich, können aber keineswegs die Handlungsweise billigen, die aus ihm hervorgegangen ist.

Nachdem die erste Verwirrung über den Frieden von Villafranca beseitigt war, verbreitete sich das Gerücht, von russischer Seite sei Preußen der Antrag gemacht worden, gegen Abtretung der Rheinprovinz an Frankreich ganz Deutschland bis an die Mainlinie zu nehmen. Wie viel an diesem Gerücht ist, wissen wir nicht: sollte ein Fühler der Art vorgekommen sein, so versteht sich von selbst, daß man ihn mit Geringschätzung bei Seite gewiesen hat. Aber in den mitteldeutschen Kreisen wurde der Argwohn genährt, Preußen könne doch wol verlockt werden; daß Frankreich die Rheingrenze haben wollte, galt als unzweifelhaftes Dogma. — Der Kaiser Napoleon forderte den Prinz Regenten zu einer persönlichen Zusammenkunft auf, um ihn vom Gegentheile zu versichern; der Prinz, um auch den Schatten jedes Verdachts zu entfernen, ging auf diese Zusammenkunft nur in der Gesellschaft seiner deutschen Bundesgenossen ein. Napoleon ertheilte jedem deutschen Fürsten persönlich die

Zusicherung, er habe kein Gelüst nach dem Rhein. Bei dieser Gelegenheit stellte sich heraus, daß die mitteldeutschen Staaten ihr altes Mißtrauen gegen die preußische Politik keineswegs aufgegeben hatten. Um dies Mißtrauen zu heben, folgte Teylig, Coblenz, Warschau; und wenn diese Schritte an sich noch zweifelhaft sein konnten, so predigte die gouvernementale Presse laut die Nothwendigkeit einer Coalition gegen Frankreich. Daß der Coalitionsversuch in Coblenz mißglückte, wurde schon damals bekannt; wie grenzenlos er in Warschau gescheitert ist, wissen wir jetzt. Rußland, dem der Allirte an der Seine wol zuweilen zu unabhängig erschien, machte ihn darauf aufmerksam, wie dringend die Deutschen die Wiederherstellung der heiligen Allianz wünschten, aber Rußland werde sich darauf nicht einlassen. Rußland übermittelte die Bedenken der deutschen Mächte an Frankreich, Frankreich schickte seine Antwort wieder an Rußland, Preußen wiederum u. s. w. So standen also Preußen und Oestreich als Partei gegen Frankreich, und Rußland übernahm die Rolle des höheren Vermittlers.

Es wurde kein Augenblick versäumt, dem preußischen Volke einzuschärfen, daß vielleicht bald eine furchtbare Gefahr ausbrechen könne; das Volk müsse sich zu jedem Opfer bereit halten. Diese Gefahr konnte nichts anders sein als Frankreich.

Es wurde nicht selten daran erinnert, daß man den Zweck der italienischen Bewegung, abgesehen von den unmoralischen Mitteln, nicht unbedingt mißbillige; wol aber müsse man die Vergrößerungen Frankreichs und am meisten die enge Verbindung Frankreichs mit Piemont mißbilligen.

Nicht ganz so lautete es in den Depeschen. Die Erwerbung Savoyens und Nizza's wurde außer Frage gestellt, und schließlich baten alle drei Mächte, Rußland, Preußen und Oestreich, den Kaiser Napoleon, seine Flotte in Gaeta zu lassen, um die italienische Bewegung zu moderiren. Drei Wochen darauf erließ Napoleon den Befehl, Gaeta seinem Schicksal zu überlassen.

Die lang erwartete Broschüre Laguéronnière's über Rom schließt mit den Worten: *impassible comme la conscience et le droit d'un grand peuple* — wird der Kaiser Napoleon das und das thun. — Unwillkürlich steigt uns die Röthe in das Gesicht; aber wer, fragen wir, wer ist Schuld daran, daß der Kaiser der Franzosen eine solche Rolle spielen darf?

Es war sehr zweckmäßig, daß der preußische Landtag in dieser grenzenlosen Confusion, wo keiner mehr zu wissen schien was er eigentlich wollte, mit seiner Auffassung hervortrat. Er hat 1) gesagt, daß er ein großes Gewicht auf die freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich lege, 2) daß jeder Fuß breit deutschen Landes von Preußen vertheidigt werden müsse, 3) daß die staatliche Vereinigung Italiens dem deutschen Interesse nicht zuwider sei. Er hat die blinde Furcht vor Frankreich, die zuletzt eine reine Gespensterfurcht

war, verschrecken wollen. In der That, wenn die Franzosen einen Raubkrieg unternehmen wollten, Veranlassung hätte ihnen das letzte Jahr genug geboten. Aber der Kaiser Napoleon wird sich wol hüten, sich in ein Unternehmen einzulassen, bei dem er mehr als alle seine Gegner, bei dem er Krone und Leben aufs Spiel setzt. Der Krieg ist nicht sein Metier, wie das seines großen Oheims, und besser als dieser weiß er zu berechnen, in welchem Verhältniß der zu hoffende Gewinn zum Einsatz steht. — Einem Angriffskrieg Frankreichs können wir, auch ohne Oestreich, auch ohne England mit Ruhe entgegensehen. Sollten sich irgendwo Rheinbundgelüste regen, so wird die einfache Betrachtung, daß in diesem Fall ein Friede auf Kosten der Abgefallenen geschlossen werden könnte, diese Gelüste beseitigen — solange nicht die Leidenschaften die Vernunft verfinstern.

Und dies ist der Punkt, in dem wir die Politik des Ministeriums begreifen, als es sich gegen das Amendement Stavenhagen aussprach. Es fürchtet die schwache Stelle seiner Bundesgenossen unsanft zu berühren. Diese schwache Stelle ist die Besorgniß vor den Annexionsplänen Preußens. In jeder Reform der deutschen Verfassung im Sinn eines engeren Bundesstaats sehen sie den ersten Schritt zu einer Einverleibung. Die preußische Regierung fühlt sich verpflichtet, nach dieser Seite hin die zarteste Rücksicht zu beobachten. — Sei es, wenn sie nur in den Thatfachen nicht vom rechten Wege abkommt!

Seit dem verunglückten Unionsversuch haben sich die deutschen Verhältnisse wesentlich verändert. — Nach der Eroberung Ungarns erschien Oestreich in seinen eigenen Augen als ein aufstrebender Staat, der seine Macht auch als sein Recht behaupten durfte, Osmäh zeigte Preußen in seiner Schwäche, und diese Schwäche wurde von Jahr zu Jahr augenscheinlicher. — Den Gipfel erreichte Oestreichs Uebergewicht im ersten Jahr des russischen Krieges; es schien sogar, als wolle es sich zu einer großen Politik aufraffen. — Die erste Täuschung erlebte es, als seine bisherigen Bundesgenossen, die Mittelstaaten, Preußen in seinem Widerstreben gegen die Action unterstützten. Es war nicht in ihrem Interesse, daß Oestreich große Politik trieb; sie wollten nur das Oestreich der heiligen Allianz, das conservative, das legitimistische. — Und nun zeigte sich, daß Oestreich auch seine eigenen Kräfte überschätzt; es verlor den Muth, und anstatt sich an die Spitze der europäischen Bewegung zu stellen, suchte es in kleinlicher zaghafter Weise sie auszubeuten. Die Folge war, daß es sich schmähslich zurückgewiesen sah. — Von dieser Stunde datirt sein allmählicher Fall.

Der Fall ist in riesenhaften Dimensionen fortgeschritten. Napoleon hat die Verhältnisse nicht gemacht, mit seinem starken Sinn für Realität hat er sie aber gesehen und ausgebeutet. — Die Hegemonie über Italien ist un-

wiederbringlich verloren, sein Besihsstand von dieser Seite gefährdet, Oestreich ist in der unglücklichen Lage, eine Armee halten zu müssen, die seine letzten Kräfte ausfaugt, und diese nicht gebrauchen zu können.

Gleichzeitig hat sich die Hohlheit seiner innern Einheitsversuche gezeigt. Das Schwarzenberg'sche Oestreich war eine Illusion. — Wie Frankreich 1787, wird Oestreich durch den bevorstehenden Banquerott gezwungen, die Notabeln zu berufen. Die Notabeln verlangen eine Verfassung. Oestreich betritt den Weg, den ihm die Geschichte als den einzig richtigen anwies: es läßt das System der letzten zehn Jahre fallen, es restituirt die Verfassung Ungarns, verspricht den andern Ländern eine ähnliche, dem Gesamtstaat eine auf die Specialverfassungen basirte. — Die nächste Folge ist wilde Aufregung in Ungarn, radicale Zertrümmerung der bestehenden Zustände; in den andern Provinzen allgemeine Unzufriedenheit über die Bevorzugung Ungarns; und, schlimmer als das Alles! nirgend Geld, nirgend eine Aussicht auf Abhilfe der dringendsten Noth.

Gleichviel, der Weg der Regierung war doch der richtige, oder vielmehr der einzig mögliche. Die Zustände waren so verworren, daß, wenn der weiseste und kühnste aller Sterblichen das Werk der Restauration hätte unternehmen wollen, die nächste Folge doch nur eine verstärkte Verwirrung hätte sein müssen. — Ueber diesen Uebergangszustand kommt man nicht hinweg, die Sünden der Vergangenheit wollen gebüßt sein. Wir glauben und hoffen, daß es Oestreich gelingen wird, sich wiederzufinden — wohlgemerkt, als Föderativstaat, nicht als Einheitstaat; der letztere ist unmöglich. — Wir hoffen es nicht bloß für Oestreich, sondern auch für uns; denn auch für uns, wie wir jetzt stehen, ist der Fortbestand der östreichischen Monarchie ein dringendes Bedürfniß.

Aber wir können ihm nicht weiter zu Hilfe kommen, als daß wir sein Bundesgebiet decken. Das zu thun sind wir verpflichtet, auch ohne weitere Zugeständnisse von Seiten Oestreichs. Wir haben die Pflicht, Deutschland ungeschmälert der Zukunft zu bewahren. — Weiter hinaus können wir nicht gehen, ohne durch zu enge Berührung mit einem durch und durch kranken Körper unser eigenes Leben zu gefährden.

Wir zweifeln nicht, daß auch die preußische Regierung das erkennt. Unser Verhältniß zu Oestreich ist unter allen europäischen Fragen die Hauptsache, nach ihm müssen sich die Parteien scheiden. Es handelt sich nicht darum, ob liberal, reactionär, demokratisch, parlamentarisch, kaiserlich u. s. w.; das Alles kann erst entschieden werden, sobald die Einsicht allgemein verbreitet ist, daß eine engere Vereinigung (abgesehen von dem völkerrechtlichen Verhältniß, das unangetastet bleiben soll) Deutschlands die östreichischen Provinzen für jetzt nicht umfassen kann — für jetzt! denn für kommende Jahrhunderte haben wir nicht zu sorgen. — Jeder Gedanke einer Möglichkeit, Oestreich dennoch für

einen engeren Bund zu gewinnen, ist ein Rückschritt für unsere politische Entwicklung, gleichviel, welche Fahne er aufsteckt, die demokratische oder die feudale. — Oestreich muß seinen Proceß mit sich selbst ausmachen, ehe wir uns über eine weitere Einigung mit ihm verständigen können.

Der Fortschritt unserer Bildung muß sich hauptsächlich innerhalb des Volks selbst vollziehen. Es wäre bequemer, wenn die preussische Regierung, die es zunächst angeht, sich an die Spitze stellte; aber man kann von einer Regierung nur Redlichkeit, nicht Heroismus verlangen. Verlangen, was nicht da ist, führt zu nichts. — Nur eins dürfen wir fordern: sie soll die öffentliche Meinung nicht selbst verwirren. Geräth sie dennoch auf einen Irrweg, so muß die öffentliche Meinung sie zurückhalten.

Das Amendement Stavenhagen ist für jetzt zurückgenommen; damit ist aber nicht gesagt, daß die Kammer an der Richtigkeit desselben zweifelt. Sie hat sich in der vorigen Session darüber ausgesprochen, sie wird noch in dieser Session Gelegenheit nehmen, in anderer Form darauf zurückzukommen. — Denn wenn auch die Stelle, welche Preußen in der Union einnehmen soll, nur aus den materiellen Mitteln des Staats ihr Recht herleitet, so ist es doch billig zu verlangen, daß die Vertreter des preussischen Landes, die nicht die Vorurtheile zu überwinden haben, wie ihre deutschen Brüder, in der Erkenntniß dessen, was noth thut, der übrigen nationalen Partei vorangehen und in dem ruhigen, aber steten Fortschritt die Führung übernehmen.

† †

### Das Gebiet der deutschen Sprache.

Wir entnehmen das Folgende aus der von uns in letzter Nr. d. Bl. angezeigten „Geschichte deutscher Nationalität von W. Wachsmuth“ (Braunschweig, G. A. Schwetschke und Sohn), die wir hiermit nochmals bestens empfehlen.

Das Gebiet der deutschen Sprache als der bedeutsamsten Naturmitgift in den Aeußerungen des Seelenlebens ist gleich dem der ganzen Nationalität weder auf die politischen Grenzen Deutschlands beschränkt, noch innerhalb dieser ohne Bezirke fremder Zunge. Ansiedlungen von Deutschen im Ausland